

FRIEDHELM HENGSBACH

Arbeitsgesellschaften im Umbruch

Unsere Gesellschaft ist vom permanenten Wandel gekennzeichnet. Wohin bewegt sich unsere Arbeitsgesellschaft heute? Lassen sich im Rückblick auf die vergangenen Jahrzehnte Trends erkennen, die uns ein klareres Bild der Veränderung vor Augen führen? Der renommierte deutsche Sozialethiker Friedhelm Hengsbach SJ, Professor für christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen/Frankfurt/M., gibt in seinem Beitrag einen aufschlussreichen Überblick über den Umbruch der Arbeitsgesellschaft und analysiert die ökonomischen, politischen und lebensweltlichen Prozesse, die seit den 1970er Jahren stattgefunden haben. (Redaktion)

Das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, das Ende 2003 veröffentlicht wurde, hat unsere Zeit, die Gottes Zeit ist, als eine „Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs“ gedeutet.¹ Ähnlich lautete 1997 die Überschrift einer Zeitdiagnose im Gemeinsamen Wort der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland: „Gesellschaft im Umbruch“.² Sind diese Begriffe ein hinreichender Grund, um eine überprüfbare Hypothese des Umbruchs moderner Arbeitsgesellschaften in West- und Mitteleuropa zu formulieren?

Eine Umbruchshypothese kann sich auf einen Trend beziehen. Dieser beschreibt eine Tendenz von säkularer Dauer. Er kann wie Kondratieffs lange Wellen an technischen Veränderungen anknüpfen³ oder wie bei Fourastié an

der jeweils vorherrschenden Güterproduktion.⁴ Auch die Globalisierung beziehungsweise die demografische Entwicklung sind solche Trends, denen gesellschaftliche Triebkräfte nachlaufen. Trendtheorien sind „große Erzählungen“, die jedoch nicht präzisieren können, wie gesellschaftliche Vorgänge durch ökonomische Prozesse verstärkt oder blockiert werden.⁵ Deshalb soll die Umbruchshypothese im Folgenden auf einen zeitlich begrenzten Entwicklungspfad bezogen werden, der ein stabilisiertes Zusammenspiel ökonomischer Prozesse, gesellschaftlicher Lebensweisen und politischer Orientierungen der deutschen Nachkriegsgeschichte abbildet. Als Bruchstelle, an der die Erosion dieser besonderen Konstellation manifest wird, ist der Zeitabschnitt Anfang der 1970er Jahre

¹ Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich (Hg.), Sozialwort, Wien 2003, 12.

² Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Bonn 1997, 25.

³ Nikolai Dimitrijewitsch Kondratieff (1892–1938) gilt als Begründer der „Theorie der langen Wellen“. Nach dem auf ihn zurückgehenden Modell kommt es alle 30 bis 50 Jahre zu einer Basisinnovation. Bisher waren dies: Dampfmaschine, Baumwolle (K1); Stahl, Eisenbahn (K2); Elektrotechnik, Chemie (K3); Petrochemie, Automobil (K4); Informationstechnik, Computer (K5).

⁴ Vgl. Jean Fourastié, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, deutsch von Burkard Lutz, Köln 1954.

⁵ Vgl. Martin Baethge/Peter Bartelheimer/Tatjana Fuchs/Nick Kratzer/Ingrid Wilkens (Red.), Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht, Göttingen (MS) 2004, 17f.

markiert. Eine so rekonstruierte Umbruchshypothese zeichnet sich durch sechs Merkmale aus: Sie verwendet kohärent analytische und wertende Vorgehensweisen. *Objektiv* ökonomische, *intersubjektiv* gesellschaftliche und *symbolisch* politische Sphären werden gemäß ihrer Wechselwirkung einander zugeordnet. Anonyme Steuerungsformen, individuelle Handlungsentwürfe und kollektive Entscheidungsverfahren bleiben methodisch unterschieden. Den gesellschaftlichen Lebensweisen wird ein starkes Gewicht eingeräumt. Der Begriff der gesellschaftlichen Lebensweise steht für die subjektiven Motiv- und Interessenbündel von Individuen oder Haushalten, mit denen diese ihre wirtschaftliche Stabilisierung, ihre persönliche Identität und ihre gesellschaftliche Anerkennung anstreben und tatsächlich erreichen. Die Lebensweisen der Individuen und Haushalte sind nicht bloß von ökonomischen Prozessen oder politischen Orientierungen fremdgesteuert; als eigensinnige Lebensentwürfe und subjektive Handlungsspielräume behaupten sie sich verstärkend oder störend in der ökonomischen und politischen Sphäre.

Die europäischen Nachkriegsjahrzehnte sind der zeitliche Bezugsrahmen der Umbruchshypothese. Die Franzosen nennen sie „Les trente glorieuses“, im angelsächsischen Sprachraum gelten sie als die „golden years“,⁶ für die Deutschen sind es die Jahre des „Wirtschaftswunders“, das sich im Rückblick als eine nur relativ kurze Phase wirtschaftlicher Prosperität⁷ herausgestellt hat. Die drei Dimensionen dieser außergewöhnlichen Konstellation öko-

nomischer Prozesse, gesellschaftlicher Lebensweisen und politischer Orientierungen, ihres Zerbrechens sowie des Versuchs, sie verändert aufeinander abzustimmen, sollen nun erläutert werden.

1. Ökonomische Prozesse

Ökonomische Prozesse sind für gesellschaftliche Lebensweisen und politische Orientierungen weder ausschließlich noch linear bestimmend. Sie bilden hier lediglich den Ausgangspunkt einer quasizirkulären Argumentationskette und werden gesondert als Finanzregime, Industrieproduktion und Geschlechterrollen erläutert.

Finanzregime

Bis 1973 war das Bretton-Woods-Währungssystem in Kraft, das die internationalen monetären Beziehungen regelte und auf der Selbstverpflichtung des Leitwährungslandes USA, 35 US-\$ gegen eine Feinunze Gold einzulösen, gründete, außerdem auf festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen, auf Kapitalverkehrskontrollen und kurzfristigen Überbrückungskrediten des Internationalen Währungsfonds, um Zahlungsbilanzdefizite eines Landes finanzieren zu können. Dieses Währungssystem hatte 30 Jahre lang in der westlichen Welt die Stabilität des äußeren Geldwerts zu einem öffentlichen Gut gemacht und gewährleistet, dass sich die reale Wachstumsdynamik eines Landes automatisch auf die anderen Länder übertrug. Nachdem dieses System aufgekündigt worden war, wurden die 1970er Jahre von Währungsturbulenzen, die 1980er Jahre von Ver-

⁶ Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München-Wien 1995, 324f, 262.

⁷ Vgl. Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität: eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M.-New York 1984.

schuldungskrisen, die 1990er Jahre von dramatischen Kursstürzen auf den Wertpapiermärkten sowie von Banken- und Währungskrisen erschüttert. Die Bildung der Wechselkurse auf liberalisierten und deregulierten Geld- und Devisenmärkten lag in den Händen privater Akteure; ebenso die Absicherung des Wechselkursrisikos ähnlich wie jene des Kursrisikos auf Wertpapiermärkten.⁸ Die erheblichen Schwankungen der begehrten und einflussreichen Währungen waren mehr von subjektiven und kurzfristigen Erwartungen der Kapitaleigner als von realwirtschaftlichen Ungleichgewichten der Länder oder langfristigen Investitionsentscheidungen der Unternehmen bestimmt.

Die Finanzgeschäfte, insbesondere die abgeleiteten Finanzgeschäfte zum Zweck der Kurssicherung oder der Spekulation, stiegen weltweit überdurchschnittlich im Verhältnis zum grenzüberschreitenden Güterhandel. Das Gewicht der Wertpapiermärkte nahm gegenüber den Kreditmärkten zu. Die marktbeherrschende Stellung privater Großbanken, Versicherungskonzerne und institutioneller Großanleger verstärkten Informations- und Machtasymmetrien und verursachten flatterhafte Kursbewegungen.

Die Dominanz der Finanzmärkte gegenüber den realwirtschaftlichen Kreisläufen sowie die Hegemonie des US-amerikanischen Finanzsystems drohen den kontinental-europäischen Wirtschaftsstil zu überformen: Die Unter-

nehmen werden in erster Linie als Vermögensmasse der Anteilseigner verstanden, so dass die Manager sich ausschließlich am Unternehmenswert orientieren, der sich im Aktienkurs spiegelt. Individuelle Systeme der Altersvorsorge, die von privaten Pensionsfonds vermittelt werden, verdrängen solidarische, umlagefinanzierte Sicherungssysteme. Die Rendite auf den Kapitalmärkten übersteigt den Profit, der durch reale Investitionen gewonnen werden kann.⁹

Industrieproduktion

Das Jahr 1973 markiert eine zweite, von der Krise des Finanzsystems abgeleitete Bruchstelle. Da der US-\$ massiv abgewertet wurde, setzten die Erdöl exportierenden Staaten einen Anstieg des Rohölpreises durch, der dem Wirtschaftswachstum weltweit einen Schock versetzte, von dem es sich bisher nicht erholt hat. Die volle Bedeutung des 1972 vom Club of Rome veröffentlichten Berichts über die Grenzen des Wachstums trat ins öffentliche Bewusstsein,¹⁰ dass nämlich die früh industrialisierten Länder zur Aufrechterhaltung ihres Wohlstands einen Umweltverbrauch in Anspruch nahmen, der nicht auf die ganze Welt übertragbar war.

Die Industrieproduktion war bis 1973 die tragende Grundlage der Vollbeschäftigung. Hierarchisch durchgegliederte Großbetriebe, relativ homogene Belegschaften, feste Arbeitszeiten und eine tayloristische Arbeitsteilung¹¹ be-

⁸ Vgl. Wolfgang Filc, Gefahr für unseren Wohlstand. Wie Finanzmarktkrisen die Weltwirtschaft bedrohen, Frankfurt/M. 2001, 35f.

⁹ Vgl. Joseph Stiglitz, Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; Hansjörg Herr, Finanzströme und Verschuldung, in: Ingomar Hauchler/Dirk Messner/Franz Nuscheler (Hg.), Globale Trends 2002, Frankfurt/M. 2001, 267–287.

¹⁰ Vgl. Dennis L. Meadows/Donella H. Meadows/Erich Zahn, Die Grenzen des Wachstums, Hamburg 2000.

¹¹ Eine von Frederic Taylor entworfene, (natur-)wissenschaftlich und kybernetisch begründete Zergliederung des industriellen Produktionsprozesses in detaillierte Arbeits- und Bewegungsabläufe, einschließlich einer strikten Trennung der ausführenden und planenden Arbeit.

stimmten deren Erscheinungsbild. Die Beschäftigungsverhältnisse waren in der Regel unbefristet und sicherten ein angemessenes Einkommen, das die Beteiligung am wirtschaftlichen Reichtum und eine Absicherung der kollektiven Lebensrisiken garantierte. Lohn und Arbeitsbedingungen wurden kollektiv geregelt, so dass die Einkommensverteilung relativ ausgewogen blieb und den Arbeitnehmern begrenzte Beteiligungsrechte zugestanden wurden. Die deutsche Industrie wies infolge ihrer Exportlastigkeit eine überdurchschnittliche, technikbasierte Kapitalausstattung auf. Die relativ hohe Produktivitätsrate sicherte die internationale Wettbewerbsfähigkeit und neutralisierte die steigende Lebenserwartung und die sinkende Geburtenrate. Ein international anerkanntes duales System der beruflichen Ausbildung, das schulische und betriebliche Lernerfahrungen integrierte und jungen Menschen ein überbetriebliches Fach- und Orientierungswissen vermittelte, stärkte die Leistungsfähigkeit der Industrie. Während der Arbeits- und Gesundheitsschutz über solidarische Beitragssysteme in die Unternehmensrechnung einfluss, wurde die Umwelt wie ein öffentliches Gut zum Nulltarif in Anspruch genommen. Seit den 1970er Jahren hat sich in den Industrieländern eine Massenarbeitslosigkeit verfestigt, die zu wachsender Armut, gesellschaftlicher Ausgrenzung und polarisierender Entwicklung führte. Die Grenzen riskanter Lebenslagen sind fließend geworden – zwischen unbefristeten Arbeitsverhältnissen mit sicherem Einkommen und sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit, ge-

ringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit und Scheinselbständigkeit. Die Machtbalance zwischen den gesellschaftlichen Kräften im Unternehmen, in den Betrieben und auf dem Arbeitsmarkt hat sich verschoben. Dies wurde in den Auseinandersetzungen um das Streik- und Aussperrungsrecht sowie um die kollektive Arbeitszeitverkürzung beziehungsweise Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit deutlich. Inzwischen ist dieser Streit zugunsten der Flexibilisierung, allerdings auch einer Verlängerung der individuellen Arbeitszeit entschieden.

Die verschärfte Machtasymmetrie hat sich jedoch auch bei der Reorganisation der Unternehmen, Betriebe und Märkte, die seit den 1970er Jahren zu beobachten ist, bemerkbar gemacht. Die Unternehmenshierarchien sind flacher geworden, ohne dass entscheidende Zugriffsrechte der Konzernleitung abgebaut beziehungsweise Konzentrationsprozesse und Fusionen unterblieben wären. In den Betrieben ersetzen Leitbilder und Zielvereinbarungen eindeutige Befehlslinien. Sozialwissenschaftler beschreiben einen „Arbeitskraftunternehmer“¹², der seine Arbeitszeiten und -bedingungen autonom organisiert, der teamfähig und mit seinen Kollegen bereit ist, das Marktrisiko seiner Projekte zu übernehmen. Junge Unternehmer der „Neuen Wirtschaft“ waren stolz darauf, als kreative Arbeitssubjekte respektiert zu sein, und bereit, sich auf die angebotene Vertrauensarbeitszeit einzulassen,¹³ die Grenzen zwischen Arbeits- und Lebenswelt aufzuheben und die Erwerbsarbeit selbst als Lebensinhalt zu begreifen – auch um den Preis der Selbstausbeu-

¹² Vgl. G. Günter Voß, *Der Arbeitskraftunternehmer*, Bremen 2001.

¹³ Vgl. Sascha Wingen (Hg.), *Fachtagung Vertrauensarbeitszeit. Herausforderungen und Lösungen für die Praxis*, Dortmund 2003.

tung.¹⁴ Die veränderte Machtposition transnationaler Unternehmen gegenüber lokalen Belegschaften und politischen Instanzen beeinflusst auch die Entscheidungen über weltweit ausgelagerte Produktionsketten, wenngleich weniger die (Arbeits-)Kosten als vielmehr die Absatzerwägungen den ersten Rang einnehmen. Ambivalent formulieren die Unternehmen ihr Verhältnis zur Gesellschaft. Einerseits stellen sie sich als Akteure der Bürgergesellschaft dar. Andererseits bleibt ihr Blickwinkel betriebswirtschaftlich verengt, wenn ein umweltverträglicher Produktionsumbau eingefordert wird oder ihr Beitrag zu einer Ausbildung, die fachliche, humane und politische Kompetenzen vermittelt und nicht bloß betrieblich verwertbar ist.

Geschlechterrollen

Die Industrieproduktion des Kapitalismus hat die sexistische Arbeitsteilung von der patriarchal-bürgerlichen Gesellschaft übernommen und mit der Trennung von Produktionsstätte und Wohnort verschärft. Die Erwerbsarbeit mit einem Haushaltseinkommen wurde den Männern zugewiesen, die Frauen dagegen wurden zur unentgeltlichen privaten Haus- und Erziehungsarbeit dienstverpflichtet. Das Leitbild des Ein-Ernährer-Haushalts und der Hausfrauen-Ehe hat sich in Deutschland im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern weit über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus behauptet. Die sozio-ökonomische Diskriminierung der Frauen lässt sich daran ablesen, dass ihre durchschnittlichen Einkommen und Rentenansprüche um ein Viertel bis ein Drittel unter denen der

Männer liegen. Die Erwerbsquote der Frauen in Deutschland liegt weit unter der in Schweden, Dänemark oder Großbritannien. Die Erwerbsbiografie westdeutscher Frauen weist einen Knick auf, weil von ihnen erwartet wird, dass sie die Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung unterbrechen, ohne danach den ursprünglichen Arbeitsplatz und das ursprüngliche Einkommensniveau wieder zu gewinnen. Typische Frauenberufe sind um Arbeiten gruppiert, die von den Männern aufgegeben wurden, weil sie nervlich zu anstrengend und niedrig entlohnt sind. Teilzeitarbeit wird zu 90 % von Frauen geleistet. Ihnen werden prekäre und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit extrem hohen Anforderungen an Flexibilität und Mobilität zugemutet.

Für kapitalistische Unternehmen ist die Frauenbeschäftigung keine Frage der grundrechtlichen Gleichstellung. Sie entspricht ihrem Interesse, Arbeitskräfte zu nutzen, die häufig über eine höhere Kompetenz als die männlichen Kollegen verfügen. Hätten die Unternehmen nicht einen Teil des Risikos zu tragen, dass Frauen nach einer ersten Erwerbsarbeitsphase sich für die Kindererziehung entschließen, würden sie weibliche Arbeitskräfte vermutlich sehr häufig den männlichen vorziehen. Das Risiko suchen sie zu mindern, indem sie erwerbstätigen Frauen betriebsnahe Kindergärten oder Arbeitsplatzgarantien einschließlich Fortbildungsmöglichkeiten während der Erziehungsphase anbieten, um sie an das Unternehmen zu binden.

Die politische Sphäre, der öffentliche Dienst und die Medien scheinen den

¹⁴ Vgl. Frank Klemann/Ingo Matuschek/G. Günter Voß, Subjektivierung von Arbeit. Ein Überblick zum Stand der Diskussion, in: Manfred Moldaschl/G. Günter Voß (Hg.) Subjektivierung von Arbeit, München-Mering 2002, 53–100; Nick Kratzer, Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen, Berlin 2003.

Frauen die gewünschten Erwerbsbiografien anzubieten. Der Frauenanteil im Bundestag ist von 10 % (1950) auf 33 % (2002) angestiegen. Bei den Bündnisgrünen beträgt er 58 %, bei der CDU/CSU 23 %. Das Bildungs- und Gesundheitswesen hat Frauen den Zugang zur Vollerwerbstätigkeit erleichtert, wenngleich die oberen Ränge der sozialen Stellung im Beruf weiterhin geschlechtsbezogen besetzt sind. Die privaten und öffentlichen Massenmedien bieten ein ambivalentes Bild. Zahlreiche Moderatorinnen sowie Redakteurinnen von Show- und Spielsendungen wirken als selbstbewusste und eigenständige Frauen. Kriminalserien lassen Frauen in allen Berufen gleichgestellt auftreten. Aber in Quizsendungen sind die Rollen zwischen Quizmaster und Assistenz geschlechtsbezogen verteilt. In Fernsehfilmen werden die emotionalen Kompetenzen vollwerbstätiger Frauen meist gemäß ihrer Rolle als Freundin, Tochter, Mutter und Ehefrau in der Beziehungs- und Familiensphäre abgerufen. Selbst die Moderatorin bedient gegenüber ihren männlichen Kollegen eingefahrene Geschlechtsrollenklischees.¹⁵

2. Gesellschaftliche Lebensweisen

Anders als bei den ökonomischen Prozessen markiert das Jahr 1968 die Bruchstelle gesellschaftlicher Lebensweisen, in denen sich die Subjektivierung der Bedürfnisse und des Arbeitsvermögens, der Anspruch auf Gleichstellung und der Wunsch nach Zeitautonomie anmelden.

Subjektivierung

In der unmittelbaren Nachkriegszeit standen der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude und der nachholende Konsum ganz oben auf der Liste der Bedürfnisse. Das Arbeitsvermögen wurde gemäß dem dreigliedrigen Bildungssystem nach ungelernten und angelernten Arbeitskräften, qualifizierten Facharbeitern und verantwortlichen Positionen sortiert und in den industriellen Produktionsprozess integriert.

Gegen Ende der 1960er Jahre wird „ein gesellschaftlicher Individualisierungsschub von bislang unbekannter Reichweite und Dynamik“¹⁶ beobachtet. Die Individuen beanspruchen die Verfügung über eigenes Geld, eigene Zeit, eigenen Wohnraum sowie den eigenen Körper. Sie lösen sich aus den Bindungen der Klasse, der Kleinfamilie und des Normalarbeitsverhältnisses und werden zu Subjekten ihres Lebens und ihrer Biografie, die sie selbst herstellen und zusammenfügen. Sie entwickeln ein Wert- und Normensystem, das persönlichen Begabungen und Interessen mehr Raum gibt sowie die Pflichten gegen sich selbst stärker gewichtet. Individualisierung und Subjektivierung bleiben allerdings widersprüchlich. Die Freisetzung mündet in andere Zwänge der Jahrgangs- und Geschlechterzugehörigkeit auf den Arbeitsmärkten sowie der Konsumstile und Fernsehgewohnheiten auf den Gütermärkten. In den 1980er Jahren werden Merkmale einer Gesellschaft identifiziert, „die im historischen und interkulturellen Vergleich relativ stark durch innenorientierte Lebensauffassungen geprägt

¹⁵ Vgl. Heidrun Baumann (Hg.), „Frauen-Bilder“ in den Medien: Zur Rezeption von Geschlechterdifferenzen, Münster 2000.

¹⁶ Ulrich Beck, Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, 116.

ist“¹⁷. Der kategorische Imperativ lautet: Erlebe Dein Leben. Das Erleben angenehmer Empfindungen ist subjektorientiert. Das schöne Leben tritt an die Stelle des guten Lebens, das einem Ideal dient. Die Konsumgüter sind durch ihren Erlebniswert, nicht durch ihren Gebrauchswert bestimmt. Der Körper ist Erlebnismedium von Musik, Tanz, Sport, Atem und Liebe, nicht Instrument zum Zweck von Arbeit und Fortpflanzung.

Die Subjektivierung der Lebensweisen drängt auf die Befriedigung vitaler Bedürfnisse, die neue Märkte im Bereich von Bildung, Gesundheit und Kultur erschließen und das öffentliche Angebot urbaner Lebensqualität ausweiten. Kleine und mittlere Unternehmen, die lokale und regionale Märkte bedienen, sind die ersten Anbieter solcher personennaher Dienste. Die Subjektivierung der Lebensweisen enthält eine zweite Dimension, den Respekt vor dem Arbeitsvermögen.¹⁸ Junge Menschen verlassen das Ausbildungssystem mit Qualifikationen und Kompetenzen, die bisher nicht vermittelt wurden. Sie melden bei der Aufnahme einer Beschäftigung den Anspruch an, in einer sinnvollen Arbeit sich selbst zu entfalten und nicht in einen Niedriglohnssektor oder eine Abwärtsspirale der Entwertung ihres Arbeitsvermögens abgedrängt zu werden. Sie erwarten von einer „Wissensgesellschaft“, dass mit dem Wissen nicht bloß Naturwissenschaft, Technik und Informatik, sondern auch Lebens-, Handlungs- und Orientierungswissen gemeint sind. Und sie erwarten, dass die Unternehmen ihre fachliche, kommunikative

und politische Kompetenz angemessen entgelten, das Arbeitsvermögen als kostbarste Ressource einer Wirtschaft einstufen und sich für die Entfaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens engagieren.

Gleichstellung

1968 signalisiert auch den Aufbruch der neuen Frauenbewegung. Das universitäre Milieu, das öffentliche Bekenntnis prominenter Frauen und die Mobilisierung gegen den § 218 StGB (strafrechtliche Sanktionierung der Abtreibung), Frauenhäuser und Frauenprojekte, eine feministische Gegenkultur, Kooperationen und Bündnisse bis zum anonymen Feminismus waren die Etappen, in denen die Frauen ihren Anspruch auf Autonomie und Gleichstellung anmeldeten, auf eine vollwertige Schul- und Hochschulausbildung mit qualifiziertem Abschluss sowie auf die Planung einer dauerhaften Erwerbstätigkeit, die wunschgemäß nicht durch die Geburt und Erziehung von Kindern unterbrochen wird.

Der Abschied von der Hausfrauenehe und die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bedeutet für die Frauen jedoch in der Regel nicht den Abschied von der Hauptverantwortung für die Haus- und Erziehungsarbeit. Doppel- und Mehrfachbelastungen sind der Preis einer Beteiligung an der Erwerbsarbeit. Und selbst wenn die Männer einen kleinen Teil der Hausarbeit übernehmen, bleibt die Hauptlast der Kindererziehung bei den Frauen. Ihr können sie ganz oder teilweise entgehen, wenn sie sich für den kinderlosen Paarhaushalt oder die Ein-Kind-Familie entschei-

¹⁷ Gerhard Schulze, *Die Erlebnisgesellschaft. Eine Kulturosoziologie der Gegenwart*, Frankfurt/M. 1992, 54.

¹⁸ Vgl. Daniel Cohen, *Unsere modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt*, Frankfurt/M. 2001.

den. Allerdings äußern 40 % der voll erwerbstätigen Akademikerinnen in Deutschland den Wunsch, Kinder und Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren, aber nur 6 % realisieren ihn. Zu einer halbwegs egalitären Verteilung der Haus- und Kinderarbeit kommt es am ehesten, wenn beide Partner voll erwerbstätig sind. Bürgerschaftliches Engagement wird von Männern und Frauen eher übernommen, wenn die Verteilung der Erwerbsarbeit ungleich ist und traditionellen Rollenmustern entspricht. Trotz aller Widerstände gelingt es Frauen eher, sich an der Erwerbsarbeit zu beteiligen, als umgekehrt Männer fähig und bereit sind, Vorstellungen einer reduzierten Erwerbsarbeit zu folgen und sich stärker in der Kindererziehung zu engagieren.

Zeitautonomie

Den abhängig Beschäftigten in Deutschland wird vorgehalten, sie hätten die meisten Urlaubstage, die meisten Feiertage und die kürzeste Wochenarbeitszeit und lebten in einem Freizeitpark. Doch für die Mehrheit der Erwerbstätigen ist der säkulare Trend einer Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit derzeit gestoppt. Die tatsächlichen Arbeitszeiten sind sogar wieder länger geworden und liegen bei 40 Wochenstunden, eineinhalb Stunden über den betrieblich vereinbarten und zweieinhalb Stunden über den tariflich vereinbarten. Die tatsächliche Arbeitszeit entspricht nicht der, die sich die abhängig Beschäftigten wünschen. 50 % der hochqualifizierten außertariflichen Angestellten arbeiten im Schnitt mehr als 40 Wochenstunden, 30 % von ihnen mehr als 48 Wochenstunden. Männer möchten in der Regel ihre Arbeitszeit verkürzen, Frauen möchten sie ausweiten. Viele beklagen mit dem wachsenden materiellen

Wohlstand einen Zeitnotstand. Sie sind reich an Gütern, aber arm an Zeit. Der Zeitdruck und das Arbeitstempo haben zugenommen.

Zeit ist die Koordination von Bewegungen. Wer ist der Zeitgeber? Wer diktiert den Rhythmus, das Tempo und die Dynamik der eigenen Bewegung? Woran können sich die Individuen orientieren? Anerkannte Zeitgeber sind jeweils die technische Laufzeit von Maschinen, die betrieblichen Interessen, das Eigenbedürfnis nach Ruhe und Entspannung, die innere Uhr. Die Orientierung am zyklischen Wechsel von Tag und Nacht, von Werktag und Sonntag, von Frühling, Sommer, Herbst und Winter stimmt die Menschen ein in den Gleichklang mit der natürlichen Umwelt. Wenn Erwerbstätige verlangen, die tatsächliche Erwerbsarbeitszeit der gewünschten anzupassen, entspringt dies dem Wunsch, Zeitautonomie wiederzugewinnen, individuelle freie Zeit synchron mit anderen zu erleben und sie in kommunikative Zeit, in Festzeit verwandeln zu können.

3. Politische Orientierungen

Ökonomische Prozesse und gesellschaftliche Lebensweisen verlaufen gleichsinnig, ambivalent oder widersprüchlich. Die politisch Verantwortlichen geben sich ohnmächtig und wirken ratlos, welchen Entwicklungspfad sie abbrechen, umleiten oder verlängern sollen. Ob sie intervenieren oder dem Fluss der Ereignisse nachsehen, sie haben sich entschieden. Fünf Entwicklungspfade – demokratiefähiger Kapitalismus, Wachstumsoffensive, öffentlich-private Güter, Geschlechterdemokratie und konstitutionelle Solidarität – geben den beschriebenen ökonomischen Prozessen und gesellschaftlichen Lebensweisen Orientierung.

Demokratiefähiger Kapitalismus

Die soziale Marktwirtschaft der Nachkriegszeit ruhte auf den zwei Säulen leistungsfähiger Märkte einschließlich des Arbeitsmarktes und der demokratischen Einbettung dieser Märkte. Diese erfolgte über den Arbeitsschutz einschließlich Betriebsverfassung und Mitbestimmung, über die Tarifautonomie und über die solidarischen Sicherungssysteme gegen gesellschaftliche Risiken.

Auf die weltwirtschaftliche Krise der 1970er Jahre haben die politischen Entscheidungsträger mit dem Herauslösen des Arbeitsmarkts aus der demokratischen Einbettung reagiert. Sie vertrauten auf die Selbstheilungskräfte der Märkte und darauf, dass es für alle gesellschaftlichen Einrichtungen vorteilhaft sei, wenn die betriebswirtschaftliche Steuerung auf sie übertragen würde. Das marktradikale Vertrauen hat die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft vertieft, ohne die Wachstums- und Beschäftigungsdefizite zu beseitigen.

Privatkapitalistische Marktwirtschaften sind nicht in sich stabil. Die Machtasymmetrien im Unternehmen, auf dem Arbeitsmarkt, auf den Gütermärkten und an der Nahtstelle zwischen der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre sollten öffentlich korrigiert werden. In einer Symbiose kapitalistischer Machtverhältnisse mit der Anerkennung politischer Beteiligungsrechte, wirtschaftlicher Anspruchsrechte und bürgerlicher Freiheitsrechte lässt sich der Traum vieler Menschen nach 1989 realisieren, dass persönliche Freiheit und wirtschaftlicher Wohlstand, Demokratie und Marktwirtschaft miteinander vereinbar seien. Dazu sollten

ationale Regierungen und internationale Institutionen zusammenarbeiten, damit die globalen Finanzmärkte politisch stabilisiert und funktionsfähig werden, um reale Investitionen anzuregen, statt sie zu blockieren.

Wachstums offensive

Die Wachstumsperiode der Nachkriegszeit hätte etwas Einmaliges an sich, wenn bereits alle persönlichen Bedürfnisse befriedigt und alle öffentlichen Aufgaben erledigt wären. Das ist jedoch nicht der Fall. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Vorteile einer arbeitsteiligen Erwerbs- und Geldwirtschaft überholt seien. Allerdings sollte der Umweltverbrauch vom wachsenden Wohlstand abgekoppelt werden. Das ist durch technische Innovationen, den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien, das Einlagern von CO₂ sowie einen ehrgeizigen Umbau der Verkehrssysteme und der Agrarwirtschaft möglich.¹⁹

Zwei politische Akteure kommen für eine durch öffentliche Geld- und Kreditschöpfung vorfinanzierte Wachstums offensive in Frage: erstens die Europäische Gemeinschaft, die einen koordinierten Beschäftigungsimpuls mit geld- und finanzpolitischem Flankenschutz in der Region der neuen Beitrittskandidaten auslösen könnte. Und zweitens sollten die Kommunen Aufträge an private Unternehmen vergeben, um die verwahrloste öffentliche Infrastruktur instand zu setzen, Stadtteile zu sanieren sowie Städte und Dörfer wieder lebenswert zu machen.

Öffentlich-private Güter

Die öffentlich-private Arbeitsteilung in der Nachkriegszeit funktionierte, in-

¹⁹ Vgl. Othmar Edenhofer, Wege zu einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 27/2003, 18–26.

dem der Staat der industriellen Produktion und dem privaten Konsum eine öffentliche Infrastruktur insbesondere die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellte. Sie wurde kollektiv genutzt und durch Steuern finanziert. Auch die innere und äußere Sicherheit waren öffentliche Güter, die der Staat bereit stellte.

Die Verlagerung der bisher auf Industriewaren gerichteten Bedürfnisse zu den vitalen, ökologischen und kulturellen Gütern wurde von der politischen Klasse nur zögernd zur Kenntnis genommen. Ihre Hauptaufmerksamkeit gilt weiterhin der Industrie, der Exportwirtschaft und den Konzernen. Dagegen sollten personennahe Dienste im medizinischen, pädagogischen, therapeutischen, sozialen und kulturellen Sektor kombiniert privat und öffentlich angeboten werden – privat, um die vorhandene Kaufkraft bei Wohlhabenden und Vermögenden abzuschöpfen, und öffentlich, weil Bildungs- und Gesundheitsgüter zu den Vertrauensgütern gehören, die eines öffentlichen Rahmens bedürfen, und weil eine angemessene Ausstattung mit Bildungs- und Gesundheitsgütern für alle zu den Grundrechten einer demokratischen Gesellschaft gehört.

Geschlechterdemokratie

Die so genannten Reformen im Kontext der Agenda 2010 riskieren, die sexistische Arbeitsteilung der deutschen Nachkriegszeit, also den Ein-Ernährerhaushalt und die Hausfrauen-Ehe zu

verfestigen. Denn auch nach der so genannten Steuerreform wird am Ehegattensplitting festgehalten, für den privaten Anteil der Riester-Rente²⁰ bieten die Versicherungen keine Unisex-Tarife an. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird ausschließlich als Frauenproblem und außerdem in einem demografischen Blickwinkel diskutiert.

Die öffentliche Debatte darüber, wie die Frauen an der Erwerbsarbeit beteiligt und von der Kindererziehung beziehungsweise Pflegearbeit entlastet werden könnten, konzentriert sich auf die Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen der Kinderbetreuung, was nicht zu beanstanden ist. Andererseits wird dabei übersehen, dass in der modernen Gesellschaft drei Arbeitsformen gleich sinnvoll, nützlich und notwendig sind – die herkömmliche Erwerbsarbeit, die private Kinder- und Altenbetreuung sowie das zivilgesellschaftliche Engagement.²¹ Bisher standen diese Arbeitsformen unter einem sexistischen Vorzeichen. Um dieses aufzulösen, sollten die drei Arbeitsformen auf die beiden Geschlechter fair verteilt und Männer gesetzlich dazu gedrängt werden, den ihnen zukommenden Anteil am zivilgesellschaftlichen Engagement und an der privaten Haus- und Betreuungsarbeit zu übernehmen. Die flexible Verteilung der drei Arbeitsformen auf Männer und Frauen ist allerdings an eine erhebliche kollektive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit der Männer gebunden.

²⁰ Die Riester-Rente ist eine im Rahmen der so genannten Rentenreform vom Staat bezuschusste private Zusatzvorsorge. Der Anleger spart regelmäßig, in ein von einer Bank, einer Versicherung oder einem Investmentfonds angebotenen Altersvorsorgeprodukt und erhält dafür unter bestimmten Bedingungen eine staatliche Förderung.

²¹ Vgl. Wolfgang Belitz, „Man muss neue Wege beschreiten, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen“, in: Wolfgang Belitz/Jürgen Klute/Hans-Udo Schneider, Zukunft der Arbeit in einem neuen Gesellschaftsvertrag, Münster 2004, 37–86.

Konstitutionelle Solidarität

Die solidarischen Sicherungssysteme der Nachkriegszeit gründeten auf einer ununterbrochenen Erwerbsbiografie bei Vollbeschäftigung, auf einer lebenslangen Partnerbindung der Frau an einen erwerbstätigen Mann sowie auf dem Normalfall eines Haushalts mit zwei oder mehreren Kindern. Diese Grundlage ist ökonomisch und gesellschaftlich brüchig geworden. Die Reaktion der politischen Klasse, die solidarischen Systeme zu deformieren und gesellschaftliche Risiken zu individualisieren, zu privatisieren und in Marktbeziehungen zu überführen, beruht auf der Fehldiagnose, dass eine Kostenexplosion des Sozialstaats die ökonomische Krise verursacht habe, und dass dieser wegen der demografischen Entwicklung nicht mehr finanzierbar sei. Anstatt die rechtsverbindliche Steuerungsform der Solidarität einzuschnüren und diejenigen, die auf sie angewiesen sind, dem Erbarmen der Bürgergesellschaft preiszugeben, sollte die erwerbswirtschaftliche Solidarität in eine „konstitutionelle Solidarität“ überführt werden. Diese müsste alle einschließen, die ihren Lebensmittelpunkt im Geltungsbereich der Verfassung haben. Sie könnte durch Beiträge finanziert werden, die von allen Einkommen erhoben werden, die innerhalb des Geltungsbereichs der Verfassung erwirtschaftet worden sind. Als Bemessungsgrundlage diene die volkswirtschaftliche Nettowertschöpfung. Die solidarischen Ansprüche im

Risikofall müssten nicht streng beitragsorientiert, sondern könnten von unten her gesockelt und nach oben hin gedeckelt sein. Diejenigen, die höhere Ansprüche anmelden, können sich zusätzlich privat absichern. So käme eine Kombination von solidarischer und privater Sicherung zustande.

Seit dem 1. Mai 2004 ist die in Yalta beschlossene Teilung Europas und der Welt in zwei Blöcke beendet. Zehn neue Mitglieder, mehrheitlich aus Mittel- und Osteuropa, sind der Europäischen Union beigetreten. Dieses säkulare Ereignis lässt den Feldzug gegen den Sozialstaat, der ein Vierteljahrhundert in Westeuropa propagiert worden ist, ins Stocken geraten. Es weckt die Erinnerung an den Zusammenbruch der Kommandowirtschaft und des um eine einzige Partei zentrierten Staatsapparats im real existierenden Sozialismus sowie die Erinnerung an die friedliche Revolution, die aus der Zivilcourage und dem Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern hervorging. Wenn gesellschaftliche Lebensweisen, etwa die Subjektivierung ziviler Akteure, nicht bloß dem ökonomischen Druck folgen und sich dem staatlichen Regime unterwerfen, kann für die Zukunft vermutet werden, dass das erweiterte Europa nicht einer Wetterkarte gleicht, sondern einem Spielfeld, auf dem zivile Akteure mit hohen, wenn gleich unsicheren Erwartungen sich kompetent zeigen, kapitalistische Wirtschaften und staatliche Machtverhältnisse kreativ zu zähmen.